

## Kurzt berichtet

**Mehr als 80 000 Einträge auf Warteliste für Corona-Impfung**

**HEILBRONN/MANNHEIM (dpa)** - Die Warteliste für die Corona-Impfung nach telefonischer Anfrage füllt sich rasant: „Derzeit gibt es auf der Warteliste rund 80 700 Einträge“, sagte ein Sprecher des baden-württembergischen Sozialministeriums am Freitag (Stand: 15 Uhr) der „Heilbronner Stimme“ und dem „Mannheimer Morgen“ (Samstag). Seit Anfang der Woche werden Corona-Impftermine über ein neues Verfahren vergeben: Unter der zentralen Telefonnummer 116 117 kann man anrufen, die Hotline ist sieben Tage die Woche zwischen 8 und 22 Uhr besetzt. Über ein sogenanntes Recall-System werden Menschen, die einen Termin haben möchten, registriert und bekommen ihn später mitgeteilt. Das war eingeführt worden, nachdem Senioren in den Wochen davor teils über Stunden in Warteschleifen hingen. Einen Impftermin bekommen im Moment nur Menschen aus der ersten vom Bund festgelegten Gruppe, also über 80-jährige und medizinisches Personal.

**Keine Auto-Kennzeichen mit NS-Symbolik mehr**

**STUTTGART (dpa)** - Nummernschilder mit NS-Symbolik soll es in Baden-Württemberg künftig nicht mehr geben. Bestimmte Kombinationen aus Zahlen und Buchstaben mit einem rechtsextremistischen Bezug werden gesperrt, teilte das Verkehrsministerium am Freitag in Stuttgart mit. Insbesondere die Ziffernfolge „1488“, die Kombinationen „HH 18“ und „AH 18“ sowie „HH 88“ und „AH 88“ stellen laut Mitteilung geläufige rechtsextremistische Chiffren dar. Künftig werden diese Kombinationen von der Kennzeichenvergabe ausgeschlossen.

**Narren in Konstanz feierten coronagerechten „Schmotzigen Dunschtig“**

**KONSTANZ (dpa)** - Narren in den Landkreisen Konstanz, Tuttlingen, Rottweil und dem Schwarzwald-Baar-Kreis haben sich beim Feiern des „Schmotzigen Dunschtig“ größtenteils an die Corona-Verordnung gehalten. Im Zuständigkeitsgebiet des Polizeipräsidenten Konstanz seien rund 500 Menschen und knapp 150 Fahrzeuge überprüft worden – dabei wurden lediglich 34 Verstöße festgestellt, wie das Präsidium am Freitag mitteilte. Laut Polizei zeigte sich somit auch in den Fastnachtshochburgen wie Rottweil oder Konstanz ein „durchweg positives Bild“.

**Regio-S-Bahn Donau-Iller für Förderprogramm des Bundes angemeldet**

**MÜNCHEN/STUTTGART (dpa)** - Bayern und Baden-Württemberg haben die geplante länderübergreifende Regio-S-Bahn Donau-Iller für ein Förderprogramm des Bundes angemeldet. Wie das bayerische Verkehrsministerium am Freitag mitteilte, hoffen die Länder für das schätzungsweise 700 Millionen Euro teure Projekt auf Gelder durch eine Förderung gemäß dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Dazu müssen die Vorplanungen aber erst zeigen, dass der geplante Ausbau des Schienen-Regionalverkehrs wirtschaftlich ist.

# Eltern von Gymnasiasten fordern G9

## Umfrage belegt eindeutige Präferenz für Abitur nach Klasse 13 – Kultusministerin winkt ab

Von Kara Ballarin

**STUTTGART** - Das Votum ist eindeutig: Eine überwältigende Mehrheit der Eltern von Gymnasiasten im Südwesten wünscht sich ein neun-jähriges Gymnasium. Das zeigt eine aktuelle Umfrage, die der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegt. Standard in Baden-Württemberg ist G8 – also ein achtjähriger Weg zum Abitur. Und daran wird sich so bald wohl auch nichts ändern, erklärt Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU).

Zum Schuljahr 2004/2005 mussten die Gymnasien in Baden-Württemberg auf G8 umstellen. Das Land folgte damals einem bundesweiten Trend. Als nach der Landtagswahl 2011 die grün-rote Regierung an die Macht kam, weichte sie die Regelung etwas auf: Seit dem Schuljahr 2012/2013 sind landesweit 44 Gymnasien in einem Modellversuch auf ein G9 neuer Ausrichtung umgestiegen. In 43 von ihnen dauert dieser Schulversuch an. Die Schulen fahren zweigleisig: Wer sich an den Versuchsgymnasien anmeldet, kann zwischen G8 und G9 wählen.

Nach Zahlen des Kultusministeriums ist G9 an diesen Schulen sehr begehrt. In den vergangenen sechs Jahren meldeten sich stets lediglich knapp fünf bis gut sechs Prozent der künftigen Fünftklässler für G8 an – alle anderen wählten den neun-jährigen Weg zum Abitur. Bei diesen 43 G9-Gymnasien soll es nach Wunsch der Eltern mit Kindern im Gymnasium nicht bleiben. Die vier Arbeitsgemeinschaften gymnasialer Eltern im Land, kurz: Argen, haben über die Elternvertretungen in den vergangenen Monaten eine Umfrage durchgeführt. Sie startete im Oktober und lief bis Mitte Januar.

Fast 18 000 Eltern mit mindestens einem Kind am Gymnasium haben sich an der Umfrage beteiligt. Demnach sprachen sich 89 Prozent der Teilnehmer für G9 aus. Ob ihr Kind ein G8- oder ein G9-Gymnasium besucht, fällt dabei kaum ins Gewicht: Die Präferenz ist eindeutig für das neun-jährige Gymnasium.

In der Umfrage wollten die Argen von den Eltern auch Details zu ihrer Einstellung wissen. Bei den Fragen, ob jedes Kind oder jede Schule selbst über G8 oder G9 entscheiden dürfen sollte, zeigten sich die Eltern gespalten – es gibt fast genauso viele Gegner wie Befürworter. Einer Mehrheit der Eltern ist laut der Ergebnisse wichtig, dass die Kinder in der Mittel- und Unterstufe den Lernstoff vertiefen können. Zum anderen präferiert eine deutliche Mehrheit eine Verlängerung der Oberstufe von



Gymnasiasten sollen erst nach 13 Jahren Schule ihr Abitur ablegen – in diesem Wunsch sind sich die Eltern im Südwesten sehr einig. FOTO: FELIX KÄSTLE/DPA

zwei auf drei Jahre. Eindeutig ist auch der Elternwunsch gegen einen verpflichtenden Ganztagsunterricht: Nur etwa zehn Prozent der Teilnehmer sprechen sich dafür aus.

Die Umfrage bringt neuen Schwung in die andauernde Debatte um G8 und G9 in Baden-Württemberg. Die meisten anderen Länder sind längst zu G9 als Standard zurückgekehrt – auch Bayern. Allein das Saarland und die ostdeutschen Bundesländer, in denen das Abitur nach zwölf Jahren historisch betrachtet die Regel ist, halten an G8 fest. Seit Jahren kämpft etwa die Elterninitiative „G9 jetzt!“ um eine Abkehr vom Turbo-Abi nach Klasse 12 und mehr Zeit für Lernen und Freizeit. Corinna Fellner aus Amtzell im

Kreis Ravensburg ist eine der beiden Koordinatorinnen der Initiative, die in einer Petition mehr als 63 000 Unterschriften gesammelt hat. Die Petition liegt dem Landtag seit Dezember zur Prüfung vor.

Die Corona-Pandemie hat die Dringlichkeit des Wunschs nach G9 verstärkt. „Das G9 brauchen wir so schnell als möglich“, sagt etwa Stephan Ertle, Vorsitzender der Arge im Regierungsbezirk Tübingen. „Es bietet sich regelrecht an, G9 direkt nach dem Sommer einzuführen.“ Die Umfrage spreche eine eindeutige Sprache. „Es wäre jetzt sehr hilfreich, den Kindern mehr Zeit zu geben, um zu einem guten Abitur zu kommen.“

Einen Umstieg auf G9 noch in diesem Jahr fordert auch Ralf Scholl,

Landesvorsitzender des Philologenverbands, der die Gymnasiallehrer vertritt. „Natürlich wäre es möglich nach den Sommerferien“, sagt er. Lerninhalte und Konzepte der 43 Gymnasien im G9-Modellversuch könnten hierfür als Blaupause dienen bis entsprechende Bildungspläne, in zwei bis drei Jahren vorlägen. Ein Umstieg auf G9 böte den Schülern die nötige Zeit, durch die Pandemie entstandene Lernlücken auszugleichen. Denn: „G8 ist zeitlich so vollgepackt, dass man nicht noch etwas obendrauf setzen kann.“

Der grassierende Lehrermangel sei kein Gegenargument für den Umstieg, so Scholl. „In dem Moment, in dem die Schulen von G8 auf G9 umstellen, gibt es im ersten Jahr keinen einzigen Schüler mehr. Bei G9 fallen pro Jahrgang zudem weniger Unterrichtsstunden an“, erklärt er. Scholl plädiert dafür, dass G9 das Grundmodell im Südwesten werden soll. Die Möglichkeit zu G8 bräuhete es weiterhin für besonders begabte und motivierte Schüler. „Das wäre das System, das dauerhaft stabil wäre.“

Kultusministerin Eisenmann hat sich stets gegen einen Wechsel zu G9 gewehrt – so auch dieses Mal. „Wir haben die Diskussion und Elterninitiativen für G9, die in der letzten Zeit verstärkt geführt wurden, natürlich aufmerksam beobachtet“, erklärt sie. „Wir verfolgen zudem genau, wie es in anderen Bundesländern läuft, die bereits zu G9 zurückgekehrt sind. Aktuell steht eine Rückkehr zu G9 aber nicht zur Debatte.“ Eine Änderung nach den Sommerferien nennt sie zu kurzfristig, da dies „im Zweifel Unruhe im Schulsystem und neue Probleme an anderer Stelle schaffen würde“.

Eine solche Entscheidung müsse sorgfältig abgewogen und durchdacht werden. „Dies sollte keine überhastete Antwort auf die Corona-Pandemie sein.“ Gegen Lernrückstände werde sie stattdessen wie im vergangenen Jahr mit gezielten Fördermöglichkeiten vorgehen.

Eisenmann verweist auf ihren eigenen Eindruck bei zahlreichen Schulbesuchen und auf wissenschaftliche Untersuchungen, die bestätigen, dass G8 in Baden-Württemberg gut etabliert sei. Zudem gebe es mit Oberstufen an Gemeinschaftsschulen sowie den beruflichen Gymnasien überall im Land neun-jährige Wege zum Abitur. „Das sind keine Alternativen, das sind andere Wege“, betont indes Elternvertreter Ertle. Auch Gymnasiallehrervertreter Scholl betont, dass die anderen Wege nicht mit dem Abitur an einem allgemeinbildenden Gymnasium vergleichbar seien.

## ANZEIGE

**TREUEPRÄMIE DER WOCHE:**

WMF Besteck Set 30tlg. Palma  
Bestehend aus: 6x Menüöffel, 6x Menügabeln,  
6x Tafelmesser, 6x Kaffeelöffel, 6x Kuchengabeln  
Material: Cromargan Edelstahl 18/10 poliert.  
Rostfrei und formstabil

Die heutigen Gewinn-Nummern:

4109884  
4080257  
4107007

Bei Übereinstimmung einfach bis zum 17.2. anrufen oder mailen:  
0751 2955-5555  
Mo bis Fr von 7 bis 18 Uhr, Sa von 8 bis 12 Uhr  
lesertreue@schwaebische.de

WMF



Vergleichen Sie Ihre Kunden-Nummer

Schwäbische Zeitung

## Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945  
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tübingen, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion  
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)  
Stellv. Chefredakteur: Steffi Dobmeier (digital),  
Andreas Müller;

Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schösser;  
Politik: Katja Korf; Wirtschaft: Benjamin Wagener;  
Journal/Kultur: Barbara Müller; Sport: Thorsten Kern;  
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch;  
Gestaltung: Hassan Al Mohitab;  
alle 8822 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Theresa Gnann  
Redaktion Berlin: Claudia Kling  
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Ulve Jauß

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel  
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG,  
Weingarten und Ulm

Verlag  
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler  
Karlstraße 16, 88222 Ravensburg  
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499  
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139  
Geschäftsführer: Lutz Schumacher

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm  
Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar  
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt  
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann  
Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 73 vom 1.1.2021. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555  
Telefax: 0751 / 29 555 556  
E-Mail: aboservice@schwaebische.de  
E-Mail: redaktion@schwaebische.de

## Corona-Ausgangssperren in vielen Landkreisen

### Unter anderem am Bodensee und in Oberschwaben heißt es nachts zu Hause bleiben

**STUTTGART (dpa)** - Mindestens 14 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg mit hohen Corona-Fallzahlen haben erneut eine nächtliche Ausgangsbeschränkung erlassen. Darunter sind auch die Kreise Ravensburg, Biberach, Tuttlingen sowie der Bodenseekreis. Dies geht aus einer Liste hervor, die das Sozialministerium in Stuttgart am Freitag auf seiner Webseite veröffentlichte. Nicht alle Kommunen, die aus Sicht der Landesregierung als Corona-Hotspot gelten, haben sich bislang zu diesem Schritt entschlossen.

Das Ministerium hatte Städte und Kreise mit mehr als 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in den vergangenen sieben Tagen verpflichtet, Ausgangsbeschränkungen zwischen 21 Uhr und 5 Uhr zu erlassen. Nach Angaben des Landesgesundheitsamts lagen am Donnerstag (Stand: 16 Uhr) 24 Stadt- und Landkreise über dem Wert von 50 bei der sogenannten Sieben-Tage-Inzidenz.

Der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages, Alexis von Komorowski, sagte am Freitag, er habe sich für die Ausgangsbeschränkungen eigentlich eine Verordnung auf Landesebene gewünscht. Den Kreisen würde nun eine Gefahrenprognose abverlangt, da sie prüfen müssten, ob alle anderen Mittel zur Eindämmung des Infektionsgeschehens ausgeschöpft seien. Dass bislang nicht in allen Kreisen mit einer Inzidenz über 50 Ausgangsbeschränkungen erlas-



Kein Ausgang nach 21 Uhr: Nachts heißt es zu Hause bleiben, wenn die Ausgangssperre in Kraft ist. FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

sen wurden, erklärt von Komorowski mit den rechtlichen Hürden. „Das zeigt, dass sich alle Kreise an den Erlass halten.“ Seien nicht alle Kriterien gegeben, dürften die Kreise gar keine Ausgangsbeschränkung erlassen.

Auch die Sprecherin des Städtetages Baden-Württemberg, Christiane Conzen, betonte, es gebe keinen Automatismus, der eine Ausgangsbeschränkung erfordere, wenn ein Kreis über 50 bei der Sieben-Tage-Inzidenz liege. Die jeweils zuständige Behörde müsse selbst prüfen, ob eine Ausgangsbeschränkung zu erlassen ist. Derzeit sei Ulm der einzige Stadtkreis, der den Schwellenwert überschreitet und für den keine regionale

Ausgangsbeschränkung gelte, teilte Conzen mit. Doch die „knappe Überschreitung des Schwellenwerts“ und der „deutliche Abwärtstrend“ könnten Gründe sein, die Regelung nicht einzuführen.

Neben dem Überschreiten der 50er-Inzidenz an sieben Tagen in Folge sieht der Erlass noch weitere Kriterien vor: Es muss ein „diffuses Infektionsgeschehen“ feststellbar sein. Davon spricht man, wenn ein Anstieg der Infektionen nicht einem bestimmten Ort zugeordnet werden kann – beispielsweise einem Pflegeheim. Zudem müssen alle bislang getroffenen anderen Schutzmaßnahmen eine wirksame Eindämmung

der Verbreitung nicht verhindern können. Die neuen Ausgangssperren sollen wieder aufgehoben werden, sobald die Sieben-Tage-Inzidenz mindestens drei Tage in Folge unter 50 liegt.

Nach Überzeugung des Mannheimer Polizeipräsidenten haben die Ausgangsbeschränkungen dazu beigetragen, dass sich das Coronavirus deutlich gebremst ausgebreitet hat. „Zwei Wochen, nachdem die Stadt Mannheim als erste Kommune die Ausgangssperre eingeführt hatte, ging die Zahl der Neuinfektionen anders als in den Nachbarregionen zurück“, erläuterte Andreas Stenger. Mannheim hatte bereits am 4. Dezember 2020 Ausgangssperren erlassen. Landesweit wurde erst Mitte Dezember verboten, sich zwischen 20 Uhr abends und 5 Uhr morgens ohne triftigen Grund draußen aufzuhalten. „Das zeigt, dass die Ausgangssperre durchaus ein probates Mittel sein kann, die Ansteckung mit dem Virus einzudämmen“, so Stenger.

Der Erlass wurde den Kommunen erst am späten Mittwochabend zugestellt. Die Landesregierung wollte ursprünglich erreichen, dass über Fastnacht keine Lücke bei den Ausgangsbeschränkungen entsteht. Zu vor hatte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim die bisherigen landesweiten Ausgangsbeschränkungen gekippt. Sie waren an diesem Donnerstag ausgelaufen.